



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Beschluss-Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2008-2009

Mittwoch, den 25. Juni 2008, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Roland Stark, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

25. Juni 2008, 09:00 Uhr *Mustafa Atici (SP), Alexander Gröflin (SVP), Anita Heer (SP), Oskar Herzig (SVP), Tobit Schäfer (SP).*

25. Juni 2008, 15:00 Uhr *Mustafa Atici (SP), Sebastian Frehner (SVP), Alexander Gröflin (SVP), Anita Heer (SP), Oskar Herzig (SVP), Arthur Marti (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Tobit Schäfer (SP).*

### Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.	5
3.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.	6
4.	Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge für Patrizia Bernasconi, Grünes Bündnis)	7
5.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zu den Rechnungen 2007 der fünf kantonalen Museen.	7
6.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Jahresbericht 2007 Öffentlicher Verkehr.	7
7.	Bericht des Regierungsrates betreffend Genehmigung der Rechnung 2007 der Industriellen Werke Basel.	8
8.	Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt.	9
9.	Ausgabenbericht betreffend Allgemeine Bibliotheken der GGG ABG - Umstellung auf RFID-Technologie.	11

10.	Ratschlag betreffend Staatsbeiträge an die Gesamtsanierung des Pflegeheimes im Alterszentrum Wiesendamm.	12
11.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 07.1592.01 betreffend Erlass eines Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHaG) sowie zur Beantwortung zweier Anzüge.	12
12.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 07.1825.01 Klimaneutrale Verwaltung Basel-Stadt: Die Kantonale Verwaltung auf dem Weg zur 2000 Watt-Gesellschaft.	14
13.	Ratschlag betreffend Bau einer erdverlegten Direktleitung vom Kraftwerk Kembs zum IWB-Versorgungsnetz durch Electricité de France (EdF) und die Industrielle Werke Basel (IWB).	16
14.	Ausgabenbericht betreffend Tierpark Lange Erlen: Erneuerung des Subventionsvertrags für die Jahre 2007 bis 2011.	17
15.	Planungsantrag Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Stadtentwicklung Basel-Süd	17
16.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Dieter Stohrer betreffend Realisierung einer wettkampftauglichen Schwimmhalle.	18
17.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Karin Haeberli und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle für Erwachsenenbildung.	18
18.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Sibel Arslan betreffend Lehrstellenförderung junger Migrantinnen und Migranten.	18
19.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P247 "Für den Erhalt von zehn gesunden, schönen Alleebäumen am Altrheinweg".	19
20.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P248 "Für eine Neugestaltung der Basler Innenstadt".	19
21.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P250 "Für die Beibehaltung der Koloniekisten im Sportamt".	20
22.	Schreiben des Ratsbüros zum Antrag Gabi Mächler und Jürg Stöcklin zur Anwendung des Planungsantrags auf das ÖV-Programm.	21
23.	Schreiben der Geschäftsprüfungskommission zum Antrag Baschi Dürr betreffend Vertraulichkeit von persönlichen Daten.	21
24.	Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Sebastian Frehner betreffend Steuerbelastungen im Kanton Basel-Stadt.	21
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Margrith von Felten und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Übergang zur Individualbesteuerung.	21
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	24
	Anhang B: Neue Vorstösse	26

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[25.06.08 09:03:56, MGT]

### Mitteilungen

*Roland Stark, Grossratspräsident:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

### Rücktritt

Peter Howald hat auf den 30. Juni 2008 seinen Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Er ist seit Januar 2006 Mitglied des Rates und Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Ich danke Peter Howald herzlich für sein Engagement und wünsche ihm in seiner neuen Aufgabe als Leiter des Sportamtes des Kantons Basel-Stadt viel Erfolg und Befriedigung. Wir bedauern seinen Rücktritt als Mitglied des Grossen Rates, hoffen aber durch seine neue Tätigkeit auf künftige sportliche Grosserfolge in unserer Region. Es wäre gut gewesen, wenn er sein Amt bereits vor der EURO 08 angetreten hätte; jetzt muss es auf die WM 2010 reichen. Peter Howald offeriert uns heute morgen den Kaffee, wofür wir herzlich danken [*Applaus*].

### Gratulation an Barbara Schüpbach zur Wahl als Staatsschreiberin

Ich gratuliere Frau Barbara Schüpbach zu ihrer Wahl als Leiterin der Staatskanzlei und Staatsschreiberin des Kantons Basel-Stadt [*langanhaltender Applaus*]. Ihre Wahl reist eine grosse Lücke in den Parlamentsdienst. Im Gegensatz zu ihrer Wahl als Leiterin der Geschäftsstelle des Verfassungsrates vor einigen Jahren findet sie diesmal eine bereits existierende Kanzlei vor und muss sich nicht erst um Bleistifte, Radiergummis und dergleichen kümmern. Zu ihrer Wahl habe ich ein passendes Geschenk aus dem Kanton Zürich mitgebracht: er hat in seiner Staatskellerei einen Staatsschreiber-Wein in Erinnerung daran, dass Gottfried Keller Staatsschreiber war im Kanton Zürich.

### Verletzung des Sitzungsgeheimnisses

Im Zusammenhang mit der Beratung des ÖKK-Geschäftes sind Ende letzten Jahres aus einer Kommissionssitzung Informationen an die Öffentlichkeit gelangt, noch bevor das Protokoll zu dieser Sitzung vorgelegen hat. Das Ratsbüro hat deshalb auf Ersuchen der Finanzkommission die Disziplinarkommission des Grossen Rates beauftragt, im Sinne von § 62 der Geschäftsordnung den Sachverhalt abzuklären und dem Ratsbüro Bericht zu erstatten. Dieser Bericht liegt inzwischen vor. Im Namen des Büros danke ich der Disziplinarkommission für die sorgfältige Arbeit sehr herzlich.

Die Disziplinarkommission hat den Sachverhalt unter Beachtung der Ausstandsregeln abgeklärt, soweit das mit vernünftigem Aufwand überhaupt möglich war. Sie ist dabei zum Schluss gekommen, dass in einem Fall ein Kommissionsmitglied unerlaubterweise gegenüber einem Medienschaffenden mehrere von diesem geäusserte Vermutungen und Sachverhaltsbeschreibungen bestätigt hat. Allerdings hätte dieser Medienschaffende bereits vorher Einzelheiten gekannt, die aus dem engsten Umfeld der mit dem Geschäft betrauten Personen stammen müssen. Dieses Leck konnte nicht eruiert werden.

Das Ratsbüro ist über diese erneute Verletzung des Sitzungsgeheimnisses beunruhigt. Dass die Kommissionen nicht öffentlich sind und deren Beratungen und Dokumente demzufolge dem Sitzungsgeheimnis unterliegen, steht im Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates. Der Sinn dieses Gesetzesbestimmung ist die Stärkung des Parlamentes, sowohl für den Bereich der Gesetzgebung, als auch für den Bereich der Aufsicht über die Verwaltung und die Justiz. Die Einhaltung des Sitzungsgeheimnisses gilt gleichermaßen für die an der Sitzung teilnehmenden Mitglieder des Grossen Rates wie auch für die Vertreter der Verwaltung.

Es ist selbstverständlich nicht verboten, die Auffassung zu vertreten, dass die Kommissionen des Grossen Rates öffentlich beraten sollen und das Sitzungsgeheimnis nicht mehr zeitgemäss sei. Es ist ebenso legitim, Verkehrsregelungsanlagen für überflüssig und schädlich zu halten, weil sie den Verkehrsfluss beeinträchtigen. Solange die entsprechenden Gesetze aber nicht geändert werden, haben sich alle Beteiligten an die geltenden Regeln zu halten, weil die übrigen Beteiligten sich darauf verlassen, dass die Regeln eingehalten werden.

Der Grossratspräsident und der Statthalter haben mit dem betroffenen Kommissionsmitglied ein persönliches Gespräch geführt. Damit ist die Sache vorderhand erledigt.

Der Schaden, der durch die Verletzung des Sitzungsgeheimnisses angerichtet wird, ist nicht nur ein Image-Schaden für das Parlament, sondern untergräbt nachhaltig das bewährte Zusammenwirken der Staatsgewalten und der demokratischen Ordnung. Es versteht sich von selbst und ist in der Geschäftsordnung auch so vorgesehen, dass Kommissionsmitglieder von Zeit zu Zeit ihre Fraktionen über den Verlauf der Beratungen zu bestimmten Geschäften informieren können. Dies, um gegebenenfalls Instruktionen zu erhalten oder mindestens in der Fraktion den politischen Puls fühlen zu können, und um letztlich dem Rat Anträge unterbreiten zu können, welche die Chance haben, mehrheitsfähig zu sein. Solche Abläufe und Informationsflüsse müssen möglich bleiben, denn an ihnen hängt letztlich die qualitative und quantitative Wirkung des Parlamentes. Es wird daher nicht möglich sein, alles, was eine Kommission zu beraten hat, dem Amtsgeheimnis zu unterstellen.

Umso mehr rufe ich Sie auf, zum Sitzungsgeheimnis Sorge zu tragen und mit den ihnen anvertrauten Informationen so umzugehen, dass das Parlament in seinen Funktionen als erste Gewalt im Staat nicht beeinträchtigt wird.

Ich danke Ihnen dafür und hoffe auf Ihr Verständnis für diese Ausführungen.

#### **Brief an Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf**

Ich habe gestern der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements folgenden Brief zum Thema Bespitzelung von Parlamentsmitgliedern geschickt:

"Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit grosser Entrüstung haben wir dem am 23. Juni 2008 veröffentlichten Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt entnommen, dass Staatsschutzorgane des Kantons und der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) des Bundesamtes für Polizei Daten über die politische Tätigkeit von Mitgliedern des kantonalen Parlamentes sammeln und verwalten. Die näheren Angaben finden Sie auf den Seiten 13 - 15 des Berichts der Geschäftsprüfungskommission, den wir Ihnen auszugsweise beilegen.

Als Präsident des Grossen Rates Basel-Stadt verurteile ich diese Aktivitäten auf das Schärfste.

Die Überwachung und Registrierung der politischen Tätigkeit gewählter Volksvertreterinnen und -vertreter durch Organe des Staatsschutzes ist in einem demokratischen Rechtsstaat durch nichts zu rechtfertigen. Das offensichtlich fehlende Verständnis der Nachrichtendienste und Staatsschutzorgane für das Verbot der Verarbeitung von Informationen über die Ausübung der Meinungsfreiheit, der Koalitionsfreiheit und der Versammlungsfreiheit (Art. 3 BWIS) ist bedenklich und wirft die Frage auf, ob die Personalauswahl für die Staatsschutzorgane und die Ausbildung der mit den nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten Personen den hohen Anforderungen genügen, die an solche Funktionen gestellt werden müssen. Es stellt sich natürlich auch die Frage nach der politischen Verantwortung für derartige Bespitzelungsaktionen.

Ein Rückfall in die teilweise paranoiden Denkweisen und Mechanismen des Kalten Krieges durch unqualifizierte Prozesse und Personen im Staatsschutz-Bereich würde die Freiheit der Menschen in unserem Land und das Ansehen des Landes und seiner demokratischen Tradition in einem nicht vertretbaren Mass beeinträchtigen.

Wir bitten Sie, die unakzeptablen Vorfälle gründlich abzuklären und alle erforderlichen Massnahmen zu treffen, um diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Über die Ergebnisse der Untersuchungen werde ich die Mitglieder des Grossen Rates und die Öffentlichkeit umfassend informieren. Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen sehr.

Mit freundlichen Grüssen

Roland Stark, Grossratspräsident"

### **Tagesordnung**

*Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission:* beantragt, die Traktanden 28 (Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Jans und Konsorten betreffend zukünftige Nutzung des Kinderspitalareals) und 29 (Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Förderung von familienfreundlichem Wohnungsbau) abzusetzen.

Diese beiden Anzüge stehen in direktem Zusammenhang zum Ratschlag 07.1870.01 betreffend Übertragung von sieben Parzellen mit zugehörigen Gebäuden vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung). Zu diesem Ratschlag wird die Bau- und Raumplanungskommission in Kürze ihren schriftlichen Bericht vorlegen. Dieser Bericht wird in der September-Sitzung des Grossen Rates behandelt werden.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, Traktanden 28 und 29 abzusetzen.

### **Dringliche Interpellation**

Beat Jans (SP) hat namens des SP-Fraktion eine Interpellation betreffend Fichierung von Mitgliedern des Grossen Rates eingereicht und den Antrag auf Dringliche Behandlung gem. § 40 AB gestellt.

Im Falle einer Dringlicherklärung, zu der es ein Zweidrittel-Mehr bedarf, wird die mündliche Beantwortung der Dringlichen Interpellation auf Donnerstag, 26. Juni 2008. 09:00 Uhr, terminiert.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Dringlicherklärung.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

## **2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.**

[25.06.08 09:18:23, ENG]

### **Zuweisungen**

*Jan Goepfert, Präsident der Geschäftsprüfungskommission:* beantragt, den Ratschlag 07.2054.01 betreffend Berichterstattung zur strategischen Planung des Regierungsrates und Bericht zur Motion Christine Heuss und Konsorten betreffend Änderung von § 3a des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz) nicht wie vom Ratsbüro vorgeschlagen einer Spezialkommission zuzuweisen, sondern der Geschäftsprüfungskommission und zum Mitbericht der Finanzkommission.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, dem Antrag Geschäftsprüfungskommission zu folgen und den Ratschlag 07.2054.01 der Geschäftsprüfungskommission sowie zum Mitbericht der Finanzkommission zuzuweisen.

*Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission:* beantragt, den Ausgabenbericht Risikoanalyse zum Deep Heat Mining Projekt Basel (07.0061.01) der Finanzkommission und zum Mitbericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zuzuweisen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen, den Ausgabenbericht (07.0061.01) der Finanzkommission und zum Mitbericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zuzuweisen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, **die bereinigten Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

**Kenntnisnahmen**

**Der Grosse Rat nimmt Kenntnis**

von folgenden Geschäften:

- Bericht des Regierungsrates zum Jahresbericht und zur Jahresrechnung 2007 der Basler Kantonalbank. (FD, 08.0741.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Hans-Peter Wessels und Konsorten betreffend Monitoring des Fluglärms vor und nach der Einführung des Anflugsystems ILS 34 (stehen lassen). (WSD, 05.8304.02)
- Rücktritt von Patrizia Bernasconi als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission per 20. Juni 2008 (auf den Tisch des Hauses). (08.5188.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christine Heuss betreffend Rechtsabbiegemöglichkeit in den Hechtliacker. (SiD, 08.5071.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend gefährlicher Fussgängerstreifen Grenzacherstrasse. (SiD, 08.5082.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitte Heilbronner-Uehlinger betreffend Zulassung von Jet-Skis auf Schweizer Gewässer. (SiD, 08.5084.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jürg Meyer betreffend Notwohnungen im Kanton Basel-Stadt. (WSD, 08.5072.02)
- Rücktritt von Peter Howald als Mitglied des Grossen Rates per 30. Juni 2008 (auf den Tisch des Hauses). (08.5198.01)

**3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.**

[25.06.08 09:22:20, JD, 08.0700.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 08.0700.01 insgesamt 19 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (51 Personen), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 49 vom 28. Juni 2008 publiziert.

**4. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge für Patrizia Bernasconi, Grünes Bündnis)**

[25.06.08 09:23:06, 08.5188, WA1]

Die Fraktion Grünes Bündnis nominiert Mirjam Ballmer (Grünes Bündnis) als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen, da die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

**Der Grosse Rat wählt**

einstimmig **Mirjam Ballmer** als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**5. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zu den Rechnungen 2007 der fünf kantonalen Museen.**

[25.06.08 09:23:58, BKK, ED, 08.5172.01, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.5172.01 einzutreten und die Rechnungen 2007 der fünf kantonalen Museen (Antikenmuseum und Sammlung Ludwig, Historisches Museum, Museum der Kulturen, Naturhistorisches Museum und Öffentliche Kunstsammlung) zu genehmigen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Daniel Stolz (FDP); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Rechnungen 2007 der kantonalen Museen werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**6. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Jahresbericht 2007 Öffentlicher Verkehr.**

[25.06.08 09:32:31, UVEK, WSD, 08.5146.01, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.5146.01 einzutreten und den Jahresbericht 2007 für den öffentlichen Verkehr zu genehmigen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Guido Vogel (SP); Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis); Christian Egeler (FDP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Gestützt auf § 14 und § 16, Abs. 1, lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) und das ÖV-Programm 2006 – 2009 werden folgende Grössen des Jahresberichts 2007 Öffentlicher Verkehr genehmigt.

- Ordentlicher Nettoaufwand Produktgruppe Tram und Bus: CHF 45'428'200
- Ordentlicher Nettoaufwand Produktgruppe Regio-S-Bahn: CHF 1'565'500
- Ordentlicher Nettoaufwand Produktgruppe Tarife und Verbände: CHF 20'018'300
- Investitionen ab CHF 300'000: CHF 17'561'158

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**7. Bericht des Regierungsrates betreffend Genehmigung der Rechnung 2007 der Industriellen Werke Basel.**

[25.06.08 09:46:23, FKom, BD, 08.0515.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Bericht 08.0515.01 einzutreten und die Rechnung 2007 der IWB zu genehmigen.

Voten: *Greta Schindler, Referentin der Finanzkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Rechnung der IWB für das Jahr 2007 wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



**8. Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt.**

[25.06.08 09:50:36, FKom, FD, 08.5168.01, BER]

Die Finanzkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Staatsrechnung 2007 zu genehmigen.

*Roland Stark, Grossratspräsident:* gibt den Ablauf der Beratung der Staatsrechnung bekannt:

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Staatsrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission und die Präsidien allfälliger mitberichtender Kommissionen das Wort erhalten, sofern sie es wünschen. Dann spricht die Finanzdirektorin, anschliessend die Fraktionen (je maximal 10 Minuten) und dann die Einzelvotierenden (je maximal 5 Minuten). Das erste Schlusswort zum Eintreten hat die Finanzdirektorin und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Finanzkommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung.

Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Genehmigungsantrages auf Seite 45 des Berichts und die Schlussabstimmung.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

**Eintretensdebatte**

Voten: *Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Karin Haeberli Leugger (Grünes Bündnis); André Weissen (CVP); Urs Joerg (EVP); Christophe Haller (FDP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Sibylle Benz Hübner (SP)*

**Zwischenfrage**

von Christoph Haller (FDP) und Sebastian Frehner (SVP).

Voten: *Sebastian Frehner (SVP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP); Michael Martig (SP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission*

*Roland Stark, Grossratspräsident:* damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung. Bei jedem Departement erhalten zuerst die zuständige Vorsteherin oder der zuständige Vorsteher des jeweiligen Departementes das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende, und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrates.

**Detailberatung**

**Erziehungsdepartement:**

keine Wortmeldungen.

**Justizdepartement**

keine Wortmeldungen.

**Finanzdepartement**

Voten: *Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*

**Sicherheitsdepartement**

keine Wortmeldungen.

**Baudepartement**

keine Wortmeldungen.

**Gesundheitsdepartement**

Voten: *Susanna Banderet-Richner (SP); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

**Wirtschafts- und Sozialdepartement**

Voten: *Christophe Haller (FDP); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

**Allgemeine Verwaltung und Gerichte**

keine Wortmeldungen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen:

Die Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Laufenden und der Investitionsrechnung 2007 sowie der Bestandesrechnung per 31.12.2007, wird wie folgt genehmigt:

<b>Laufende Rechnung</b> in CHF	Basel-Stadt	Basel-Stadt inkl. IWB konsolidiert
Ordentlicher Aufwand	4'928'401'015	5'468'376'817
Ordentlicher Ertrag	5'306'984'170	5'846'959'972
Ordentliches Ergebnis (Ertragsüberschuss)	378'583'155	378'583'155
Saldo ausserordentliche Positionen	0	0
Ertragsüberschuss	378'583'155	378'583'155

<b>Investitionsrechnung</b> in CHF	Basel-Stadt	Basel-Stadt inkl. IWB konsolidiert
Ausgaben	263'339'559	346'750'559
Einnahmen	95'266'223	95'266'223
Saldo Investitionsrechnung	168'073'336	251'484'336

<b>Bestandesrechnung</b> in CHF	Basel-Stadt	Basel-Stadt inkl. IWB konsolidiert
Total Aktiven	5'812'914'519	5'948'959'332
Total Passiven ohne Eigenkapital	5'848'572'288	5'984'617'101
Total Kapital / Rücklagen	-35'657'769	-35'657'769
Total Passiven	5'812'914'519	5'948'959'332

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**9. Ausgabenbericht betreffend Allgemeine Bibliotheken der GGG ABG - Umstellung auf RFID-Technologie.**

[25.06.08 11:22:26, FKom, ED, 08.0693.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 08.0693.01 einzutreten und einen einmaligen Investitionsbeitrag von CHF 977'000 zu genehmigen.

Voten: *André Weissen, Referent der Finanzkommission; Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); André Weissen, Referent der Finanzkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, den AGB zu Lasten der Rechnung 2008 für die Umstellung auf RFID-Technologie einen einmaligen Investitionsbeitrag in der Höhe von CHF 977'000 (Position 28084100004) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**10. Ratschlag betreffend Staatsbeiträge an die Gesamtsanierung des Pflegeheimes im Alterszentrum Wiesendamm.**

[25.06.08 11:34:01, GSK, GD, 07.1242.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 07.1242.01 einzutreten und an die Investitionskosten einen Beitrag von maximal CHF 2'120'000 zu genehmigen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

An die Investitionskosten der Gesamtsanierung des Pflegeheimes im Alterszentrum Wiesendamm wird zu Lasten der Rechnungen 2008 ff, Position 650007040015 Baudepartement/Baukostenbeiträge, ein Beitrag von maximal CHF 2'120'000 (Stand Zürcher Baukostenindex 106.2, Basis 2005 = 100) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**11. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 07.1592.01 betreffend Erlass eines Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHaG) sowie zur Beantwortung zweier Anzüge.**

[25.06.08 11:39:06, GSK, WSD, 07.1592.02 / 04.7861.04 / 06.5076.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 07.1592.02 einzutreten, dem Entwurf für ein Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen zuzustimmen sowie den Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Systematik der staatlichen Umverteilungsmechanismen und den Anzug Rolf Stürm und Konsorten betreffend Übersicht der einkommensabhängigen Sozialleistungen und Steuerabzüge als erledigt abzuschreiben.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

**Sitzungsunterbruch**

12:01 Uhr

---

**Wiederbeginn der Sitzung**

Mittwoch, 25. Juni 2008, 15:00 Uhr.

**Fortsetzung der Beratungen**

zum Bericht der GSK zum Ratschlag Nr. 07.1592.01 (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHaG).

**Fraktionsvoten**

Voten: *Rolf Stürm (FDP); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis); Michael Martig (SP); Andreas Ungricht (SVP)*

*Thomas Mall (LDP):* beantragt, den Anzug (04.7861) Thomas Mall und Konsorten betreffend Systematik der staatlichen Umverteilungsmechanismen stehen zu lassen.

Voten: *Helen Schai-Zigerlig (CVP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Christine Keller (SP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Kapitel I, §§ 1 – 3

Kapitel II, §§ 4 - 7

Kapitel III, §§ 8 - 13

Kapitel IV, §§ 14 - 19

Kapitel V, §§ 20 - 24

Kapitel VI, §§ 25 und 26

Kapitel VII, §§ 27 - 30

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Entwurf für ein neues Gesetz über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHG) wird gemäss Antrag der zugestimmt.

Dieses Gesetz ist zu publizieren und untersteht dem Referendum.

Der Regierungsrat bestimmt nach Eintritt der Rechtskraft den Zeitpunkt der Wirksamkeit. Er kann die Ausbildungsbeiträge vorläufig vollständig oder teilweise von der Anwendung dieses Gesetzes ausnehmen. Bei einer definitiven Unterstellung der Ausbildungsbeiträge unter dieses Gesetz kann der Regierungsrat diese von § 5 Abs. 3 ausnehmen.

Das Gesetz über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHG) ist im Kantonsblatt Nr. 49 vom 28. Juni 2008 publiziert.
---

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, den Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Systematik der staatlichen Umverteilungsmechanismen und den Anzug Rolf Stürm und Konsorten betreffend Übersicht der einkommensabhängigen Sozialleistungen und Steuerabzüge als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 69 gegen 16 Stimmen, den Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Systematik der staatlichen Umverteilungsmechanismen **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.7861 ist **erledigt**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug Rolf Stürm und Konsorten betreffend Übersicht der einkommensabhängigen Sozialleistungen und Steuerabzüge **abzuschreiben**.

Der Anzug 06.5076 ist **erledigt**.

**12. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 07.1825.01 Klimaneutrale Verwaltung Basel-Stadt: Die Kantonale Verwaltung auf dem Weg zur 2000 Watt-Gesellschaft.**

[25.06.08 15:41:35, UVEK, BD, 07.1825.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 07.1825.02 einzutreten und einen Rahmenkredit (2008 – 2015) von CHF 33,5 Mio. für Massnahmen, die im Sinne des Ziel einer "klimaneutralen Verwaltung" umgesetzt werden, zu genehmigen

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Loretta Müller (Grünes Bündnis); Helmut Hersberger (FDP); Eduard Rutschmann (SVP); Christoph Wydler (EVP); Thomas Mall (LDP); Roland Engeler-Ohnemus (SP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Andreas Burckhardt (LDP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

**Zwischenfrage**

von *Andreas Burckhardt (LDP)*.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

**Antrag**

Die EVP Fraktion beantragt, Ziffer 1 mit folgendem Absatz zu ergänzen:

Massnahmen, die im Rahmen von Bauvorhaben vorgenommen werden sollen, für die ein separater Grossratsbeschluss erforderlich ist, werden dem Grossen Rat zusammen mit dem Kreditantrag zur Kenntnis gebracht.

Voten: *Baschi Dürr (FDP); RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Christoph Wydler (EVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 82 gegen 0 Stimmen, dem Antrag der EVP Fraktion zu folgen.

**Antrag**

Die Kommission beantragt, Ziffer 2 wie folgt zu fassen:

Der Regierungsrat orientiert den Grossen Rat im Rahmen des Jahresberichts jährlich über die Verwendung der Mittel.

Die FDP Fraktion beantragt, Ziffer 2 wie folgt zu fassen:

Der Regierungsrat orientiert den Grossen Rat jährlich über die Verwendung der Mittel. Dabei sollen die einzelnen Massnahmen pro Gesamtprojekt, der dafür aus dem Rahmenkredit verwendete Betrag, die finanziellen Auswirkungen auf die Betriebs- und Unterhaltskosten sowie der erwartete Effekt im Bereich Klimaschutz (Reduktion CO2 Ausstoss) ausgewiesen werden.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 0 Stimmen, dem Antrag der FDP Fraktion zu folgen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für Massnahmen, die im Sinne des Ziels einer „klimaneutralen Verwaltung“ umgesetzt werden, wird für die Jahre 2008 bis 2015 ein Rahmenkredit in der Höhe von CHF 33'500'000 zu Lasten der Investitionsrechnung des Finanzdepartements (Position 420013026003) im Investitionsbereich Übrige genehmigt.

Massnahmen, die im Rahmen von Bauvorhaben vorgenommen werden sollen, für die ein separater Grossratsbeschluss erforderlich ist, werden dem Grossen Rat zusammen mit dem Kreditantrag zur Kenntnis gebracht.

2. Der Regierungsrat orientiert den Grossen Rat jährlich über die Verwendung der Mittel. Dabei sollen die einzelnen Massnahmen pro Gesamtprojekt, der dafür aus dem Rahmenkredit verwendete Betrag, die finanziellen Auswirkungen auf die Betriebs- und Unterhaltskosten sowie der erwartete Effekt im Bereich Klimaschutz (Reduktion CO2 Ausstoss) ausgewiesen werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**13. Ratschlag betreffend Bau einer erdverlegten Direktleitung vom Kraftwerk Kembs zum IWB-Versorgungsnetz durch Electricité de France (EdF) und die Industrielle Werke Basel (IWB).**

[25.06.08 16:38:53, UVEK, BD, 08.0320.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 08.0320.01 einzutreten, einen Rahmenkredit von CHF 15'000'000 für den Bau der Strom-Direktleitung zu genehmigen und den Regierungsrat zu ermächtigen, eine Aktiengesellschaft für den Bau und den Betrieb der Direktleitung zu gründen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.



**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für den Bau einer erdverlegten Strom-Direktleitung zwischen dem Kraftwerk Kembs und dem IWB-Netz wird ein Rahmenkredit von CHF 15'000'000 (Preisbasis Juli 2007) zu Lasten des Anlagevermögens der Industriellen Werke Basel (IWB) bewilligt. Der Rahmenkredit teilt sich auf in Form von Aktienkapital in Höhe von CHF 3'000'000 und ein Darlehen von CHF 12'000'000.
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, eine Gesellschaft als Aktiengesellschaft nach OR für den Bau und Betrieb der Direktleitung zu gründen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**14. Ausgabenbericht betreffend Tierpark Lange Erlen: Erneuerung des Subventionsvertrags für die Jahre 2007 bis 2011.**

[25.06.08 16:42:59, UVEK, BD, 08.0592.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 08.0592.01 einzutreten, eine nicht indexierte Subvention über fünf Jahre von maximal CHF 340'000 zu genehmigen und den Regierungsrat zu ermächtigen, auf die Verrechnung der Energie- und Wasserkosten während der Subventionsperiode zu verzichten.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Erlen-Verein Basel für die Jahre 2007 - 2011 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von maximal CHF 340'000 p.a. auszurichten:  
CHF 300'000, Pos. 6140,120 - 642.100 (Auftrag 6140,120,000240 Baudepartement/Stadtgärtnerei) für den allgemeinen Arealunterhalt;  
CHF 40'000, Pos. 6406,360 - 643.100 (Auftrag 6406,360,0002 Baudepartement/Hochbau- & Planungsamt); für die Instandhaltung der Tiergehege und Behausungen.
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, auf die Verrechnung der Energie- und Wasserkosten an den Erlen-Verein im Betrag von jährlich maximal CHF 45'000 zu Lasten der IWB während der Subventionsperiode, in Abhängigkeit von der jährlichen Ertragslage des Vereins, zu verzichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**15. Planungsantrag Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend Stadtentwicklung Basel-Süd**

[25.06.08 16:45:28, 08.5170.01, NPA]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsantrag 08.5170 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Planungsantrag 08.5170 dem Regierungsrat zur Stellungnahme bis zur nächsten Sitzung gemäss § 48 GO zu **überweisen**.

**16. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Dieter Stohrer betreffend Realisierung einer wettkampftauglichen Schwimmhalle.**

[25.06.08 16:45:54, ED, 07.5299.02, SPA]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag 07.5299 nicht zu überweisen.

Voten: *Dieter Stohrer (EVP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 25 Stimmen, den Planungsantrag **nicht zu überweisen**.

Der Planungsantrag 07.5299 ist **erledigt**.

**17. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Karin Haeberli und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle für Erwachsenenbildung.**

[25.06.08 16:53:57, ED, 07.5296.02, SPA]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag 07.5296 nicht zu überweisen.

Voten: *Karin Haeberli Leugger (Grünes Bündnis); Gülsen Oeztürk (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 46 gegen 46 Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten, den Planungsantrag **nicht zu überweisen**.

Der Planungsantrag 07.5296 ist **erledigt**.

**18. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Sibel Arslan betreffend Lehrstellenförderung junger Migrantinnen und Migranten.**

[25.06.08 17:06:33, ED, 07.5302.02, SPA]

Der Regierungsrat beantragt, auf eine Ergänzung des Politikplans 2009-2012 gemäss Antrag 1 der Anzugsstellerin (Planungsantrag 07.5302) zu verzichten, jedoch den Politikplan 2009-2012 im Aufgabenfeld 8.3 Zentrale Personaldienste mit einem neuen politischen Ziel zu ergänzen.

Voten: *Sibel Arslan (Grünes Bündnis)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig:

1. Auf eine Ergänzung des Politikplans 2009-2012 gemäss Antrag 1 der Anzugsstellerin wird verzichtet.
2. Der Politikplan 2009-2012 wird im Aufgabenfeld 8.3 Zentrale Personaldienste mit folgendem neuen politischen Ziel ergänzt:
  1. Der Arbeitgeber BASEL-STADT verfolgt mit höchster Priorität das Ziel, die heutige Anzahl Lehrstellen, die Vielfalt im Angebot und die Qualität in der Berufsbildung mindestens beizubehalten und er setzt sich für einen weiteren Ausbau eines qualitativ hochstehenden Lehrstellenangebots ein.
  2. Der Arbeitgeber BASEL-STADT rekrutiert seinen Gesamtbestand an Lernenden bevorzugt aus motivierten, lernwilligen Schulabgängerinnen und -abgängern von staatlichen Basler Schulen.
  3. Für das Angebot an Lehren mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) werden prioritär Schülerinnen und Schüler der WBS A-Zug, Integrations- und Kleinklassen sowie Abgängerinnen und Abgänger der Schule für Brückenangebote (SBA) berücksichtigt.

Der Planungsantrag 07.5302 ist **erledigt**.

**19. Bericht der Petitionskommission zur Petition P247 "Für den Erhalt von zehn gesunden, schönen Alleebäumen am Altrheinweg".**

[25.06.08 17:09:02, PetKo, 07.5395.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P247 "Für den Erhalt von zehn gesunden, schönen Alleebäumen am Altrheinweg" (07.5395) als erledigt zu erklären.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P247 "Für den Erhalt von zehn gesunden, schönen Alleebäumen am Altrheinweg" (07.5395) ist **erledigt**.

**20. Bericht der Petitionskommission zur Petition P248 "Für eine Neugestaltung der Basler Innenstadt".**

[25.06.08 17:11:31, PetKo, 08.5028.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P248 "Für eine Neugestaltung der Basler Innenstadt" (08.5028) als erledigt zu erklären.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

*Emmanuel Ullmann (FDP)*: beantragt die Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert einem Jahr.

Voten: *Pius Marrer (CVP)*

**Zwischenfragen**

von Bruno Mazzotti (FDP) und Baschi Dürr (FDP).

Voten: *Emmanuel Ullmann (FDP)*

**Zwischenfrage**

von Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis).

Voten: *Helmut Hersberger (FDP); Sebastian Frehner (SVP); Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 51 gegen 30 Stimmen, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P248 "Für eine Neugestaltung der Basler Innenstadt" (08.5028) ist **erledigt**.

**21. Bericht der Petitionskommission zur Petition P250 "Für die Beibehaltung der Koloniekisten im Sportamt".**

[25.06.08 17:26:50, PetKo, 08.5081.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P250 "Für die Beibehaltung der Koloniekisten im Sportamt" (08.5081) als erledigt zu erklären.

Voten: *Loretta Müller, Präsidentin der Petitionskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P250 "Für die Beibehaltung der Koloniekisten im Sportamt" (08.5081) ist **erledigt**.

**22. Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Gabi Mächler und Jürg Stöcklin zur Anwendung des Planungsanzugs auf das ÖV-Programm.**

[25.06.08 17:29:08, Ratsbüro, 07.5020.02, SAA]

Das Ratsbüro beantragt, den Anzug 07.5020 stehen zu lassen und ihn der gleichen Kommission zu überweisen, welcher die Beratung des Ratschlags 07.2054.01 zugewiesen wurde.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug 07.5020 **stehen zu lassen** und ihn der **Geschäftsprüfungskommission** (Mitbericht durch die Finanzkommission) zu **überweisen**.

**23. Schreiben der Geschäftsprüfungskommission zum Anzug Baschi Dürr betreffend Vertraulichkeit von persönlichen Daten.**

[25.06.08 17:30:04, GPK, 07.5166.02, SAA]

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, den Anzug 07.5166 abzuschreiben.

Voten: *Rolf Jucker, Referent der Geschäftsprüfungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 07.5166 ist **erledigt**.

**24. Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Sebastian Frehner betreffend Steuerbelastungen im Kanton Basel-Stadt.**

[25.06.08 17:38:36, FD, 08.5129.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Sebastian Frehner (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5129 ist **erledigt**.

**25. Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Margrith von Felten und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Übergang zur Individualbesteuerung.**

[25.06.08 17:39:12, FD, 06.5097.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, dem vorgelegten Entwurf zu einem Beschluss des Grossen Rates zur Einreichung einer Standesinitiative zuzustimmen und den Antrag 06.5097 als erledigt abzuschreiben.

*Lukas Engelberger (CVP)*: beantragt, auf die Einreichung der Standesinitiative zu verzichten.

Voten: *Annemarie von Bidder (EVP); Christine Keller (SP); Christophe Haller (FDP); Elisabeth Ackermann (Grünes Bündnis); Annemarie von Bidder (EVP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 55 gegen 30 Stimmen:

Der Kanton Basel-Stadt reicht gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung folgende Standesinitiative ein:

„Die Bundesversammlung wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für den Übergang von der Ehepaar- und Familienbesteuerung zur zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung für die direkte Bundessteuer und die Einkommens- und Vermögenssteuern der Kantone zu schaffen. Diese Änderung soll auch Antwortmöglichkeiten auf die mit dem Systemwechsel aufgeworfenen Probleme sowie Vorschläge für eine gleichzeitige Vereinfachung des Steuersystems vorsehen.“

Begründung:

Nach geltendem Recht (StHG, DBG) werden für die direkte Bundessteuer sowie für die kantonalen Steuern das Einkommen und Vermögen der Ehegatten, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, ohne Rücksicht auf den Güterstand zusammengerechnet. Dieses System ist nicht mehr zeitgerecht. Die Formen des Zusammenlebens haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen hat konstant zu- bzw. hat die Zahl der Einverdienerpaare laufend abgenommen. Es gibt immer mehr Einpersonenhaushalte und auch immer mehr Menschen, die im Laufe ihres Lebens ihren Zivilstand mehrmals wechseln. Den gesellschaftlichen Realitäten wird die Individualbesteuerung besser gerecht. Sie ist das zeitgemässere Modell und entspricht auch den Erwartungen der jüngeren Generationen, dass das Einkommen und Vermögen steuerlich jener Person zuzurechnen ist, die es erwirtschaftet, darüber verfügt und dafür verantwortlich ist. Indem die Individualbesteuerung die Einkommen und Vermögen den Eheleuten individuell zurechnet, wird deren wirtschaftliche und persönliche Eigenständigkeit betont. Auch international ist die Individualbesteuerung das vorherrschende Steuersystem in Europa.

Die Individualbesteuerung ermöglicht ein gerechtes Steuersystem für alle. Die Besteuerung erfolgt zivilstandsunabhängig und behandelt alle Zusammenlebensformen gleich. Ehepaare und Konkubinatspaare werden unterschiedslos behandelt. Die Individualbesteuerung berücksichtigt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, ohne die freie Wahl der Lebensgestaltung zu präjudizieren. Die Forderung nach ausgewogenen Belastungsrelationen zwischen den verschiedenen Personenkategorien mit gleicher Leistungsfähigkeit verliert an Bedeutung, weil alle Steuerpflichtigen zum gleichen Tarif besteuert werden. Da bei der Individualbesteuerung die Einkommen und Vermögen der Ehegatten nicht zusammengerechnet werden, entfällt auch die Diskussion über die Progressionswirkung der Ehe („Heiratsstrafe“).

Die Individualbesteuerung wirkt sich auf die Bereitschaft zur Aufnahme oder Fortsetzung der Erwerbstätigkeit durch beide Ehegatten positiv aus und vermeidet negative Anreize auf die Erwerbsbereitschaft von Ehepaaren. Demgegenüber kann die Ehepaarbesteuerung wegen der progressionserhöhenden Wirkung der Zusammenrechnung der Einkommen und Vermögen Ehegatten dazu bewegen, auf die Aufnahme oder Ausdehnung der Erwerbstätigkeit zu verzichten (Abhalteeffekt). Die Ehepaarbesteuerung stellt angesichts der Tatsache, dass Frauen immer besser ausgebildet sind und der Mangel an gut qualifizierten Arbeitskräften in Zukunft zunehmen dürfte, kein zukunftsträchtiges Steuermodell dar und sollte auch aus wirtschaftlichen Überlegungen zugunsten der Individualbesteuerung aufgegeben werden.

Die „Heiratsstrafe“ kann zwar auch bei der Ehepaarbesteuerung mit Vollsplitting, bei welchem der Steuersatz auf dem gesamten ehelichen Einkommen halbiert wird, beseitigt werden. Das Vollsplitting begünstigt aber vor allem die Einverdienerhepaare mit hohem Einkommen, weil die Steuerprogression des allein verdienenden Ehegatten gebrochen wird und sich dies bei den oberen Einkommen stärker auswirkt. Je höher das Einkommen ist, desto höher fällt der Splittingeffekt aus. Demgegenüber profitieren Zweiverdienerhepaare mit je hälftigem Einkommen vom Splittingeffekt nicht. Das Splitting schafft deshalb keinen Anreiz zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit durch beide Ehegatten.

Als wesentlicher Nachteil der Individualbesteuerung gilt der administrative Mehraufwand für die Steuerbehörden. Tatsächlich würde die Zahl der von den Behörden zu veranlagenden Fälle bei der Individualbesteuerung markant zunehmen, weil die Ehegatten im Veranlagungsverfahren nicht mehr als Gemeinschaft, sondern als voneinander unabhängige Steuersubjekt behandelt werden. Das Argument des Mehraufwands kann allerdings nicht als entscheidendes Kriterium benutzt werden, um das Steuersystem nicht an die gesellschaftlichen Realitäten anzupassen und die mit der Individualbesteuerung verbundenen Vorzüge

zu negieren. Zudem lässt sich mit einer geschickten Ausgestaltung des Deklarations- und Veranlagungsverfahrens, mit zusätzlichem Personal und mit den Mitteln der EDV der Erhebungsmehraufwand bei der Individualbesteuerung durchaus bewältigen.

Auch die Frage der Berücksichtigung des Familienunterhalts bei Einverdienerpaaren, insbesondere solche mit Kindern, und der damit verbundenen Problematik, dass Steuerabzüge beim verdienstlosen Ehegatten ins Leere laufen, kann mit einer entsprechenden Ausgestaltung des Tarif- und Abzugssystems gelöst werden. Vermieden werden müssen hingegen Modelle mit Wahlrechtsmöglichkeiten, weil sie das Steuersystem und die Steuerdeklaration und -veranlagung enorm verkomplizieren und unnötige Anreize zu Steueroptimierungen schaffen.

Der Zweck der Standesinitiative besteht einzig darin, vom Bund die Entwicklung und Einführung eines Besteuerungssystems zu verlangen, das auf dem Fundament der Individualbesteuerung basiert. Wie der Wechsel zur Individualbesteuerung im Einzelnen ausgestaltet und auf welche Weise ein gerechtes, zukunftssträchtiges und effizientes Steuersystem geschaffen werden soll, muss der Bundesgesetzgeber in Zusammenarbeit mit den Kantonen bestimmen. Ein Systemwechsel stellt ein komplexes Vorhaben dar, bei dem zahlreiche Bedingungen wie die Steuergerechtigkeit, die Finanzierbarkeit, die Praktikabilität etc. auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden müssen. Ein mögliches Modell der Individualbesteuerung zeigt die Vernehmlassungsvorlage des Eidgenössischen Finanzdepartements vom Dezember 2006 auf. Auch das neu in die Diskussion eingebrachte sog. Elternmodell mit einem Elterntarif für unterhaltspflichtige verheiratete oder nicht verheiratete Personen mit Kindern und einem Basistarif für alle anderen Steuerpflichtigen stellt einen möglichen Ansatz dar.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Antrag **abzuschreiben**.

Der Antrag 06.5097 ist **erledigt**.

#### **Schriftliche Anfragen**

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Heidi Mück betreffend verlängerter Ausschaffungshaft im Kanton Basel-Stadt: Kosten und Effekt (08.5191.01).
- Schriftliche Anfrage Urs Müller-Walz betreffend Sofortmassnahmen für Nebenkostenrechnungen von Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) zu AHV/IV - Renten (08.5200.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

#### **Sitzungsunterbruch**

18:00 Uhr

Basel, 26. Juni 2008

Roland Stark  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

## Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

### Direkt auf die Tagesordnung kommen

	Komm.	Dep.	Dokument
1. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag Nr. 07.1825.01 Klimaneutrale Verwaltung Basel-Stadt: Die Kantonale Verwaltung auf dem Weg zur 2000 Watt-Gesellschaft.	<b>UVEK</b>	BD	07.1825.02
2. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zu den Rechnungen 2007 der fünf kantonalen Museen.	<b>BKK</b>	ED	08.5172.01
3. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 07.1592.01 betreffend Erlass eines Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHaG) sowie zur Beantwortung zweier Anzüge.	<b>GSK</b>	WSD	07.1592.02 04.7861.04 06.5076.02
4. Schreiben der Geschäftsprüfungskommission zum Anzug Baschi Dürr betreffend Vertraulichkeit von persönlichen Daten.	<b>GPK</b>		07.5166.02
5. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend umfassendes Verkehrskonzept für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen.		BD	05.8456.02
6. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Förderung von familienfreundlichem Wohnungsbau.		FD	08.5032.02
7. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Dieter Stohrer betreffend Realisierung einer wettkampftauglichen Schwimmhalle.		ED	07.5299.02
8. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Karin Haeberli und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle für Erwachsenenbildung.		ED	07.5296.02
9. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kurt Bachmann und Konsorten betreffend Verkehrsprobleme und fehlender Planung in Kleinhüningen unter Berücksichtigung der Erschliessung und Nutzung weiterer Industrie- und Hafensareale sowie der rasanten Entwicklung des grenzüberschreitenden Güterschwerverkehrs.		BD	05.8467.02
10. Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt.	<b>FKom</b>	FD	08.5168.01
11. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Sibel Arslan betreffend Lehrstellenförderung junger Migrantinnen und Migranten.		ED	07.5302.02

### Überweisung an Kommissionen

12. Ratschlag betreffend Kooperation Universitätsspital Basel (USB) und Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB), Transporttechnikanlagen im Universitätsspital Basel.	<b>FKom</b>	GD	08.0744.01
13. Bericht des Regierungsrates betreffend Kenntnisnahme der Berichterstattung 2007 der Universität zum Leistungsauftrag gemäss § 19, Bst. b) des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität vom 27. Juni 2006 (Universitätsvertrag). <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	<b>IGPK Univer- sität</b>	ED	08.0740.01
14. Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2007. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	<b>IGPK UKBB</b>	GD	08.0706.01
15. Ausgabenbericht Risikoanalyse zum Deep Heat Mining Projekt Basel - Nachtragskredit Nr. 01.	<b>FKom / Mitbe- richt UVEK</b>	BD	07.0061.01
16. Ratschlag betreffend Berichterstattung zur strategischen Planung des Regierungsrates und Bericht zur Motion Christine Heuss und Konsorten betreffend Änderung von § 3a des Gesetzes betreffend die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt (Organisationsgesetz).	<b>GPK / Mitbe- richt FKom</b>	JD	07.2054.01 07.5026.03



- |     |   |                     |    |            |
|-----|---|---------------------|----|------------|
| 17. | Ratschlag zur Umsetzung der unformulierten Initiative "Zum Schutz der Naturgebiete entlang des Flusslaufs der Wiese als Lebensraum wildlebender Pflanzen und Tiere sowie als Naherholungsraum". | <b>UVEK</b>         | BD | 06.0285.02 |
| 18. | Bericht der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) zur Erfüllung des Leistungsauftrags 2007. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>   | <b>IPK<br/>FHNW</b> | ED | 08.0666.01 |

**An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung**

- |     |  |  |     |            |
|-----|--|--|-----|------------|
| 19. | Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Peter Malama und Konsorten betreffend Festlegung von Zahlungsfristen durch die öffentliche Hand.                                |  | BD  | 08.5021.02 |
| 20. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend Versand von Wahl- und Abstimmungsunterlagen der politischen Parteien.                          |  | SiD | 06.5153.02 |
| 21. | Anzüge:  |  |     |            |
| a)  | Remo Gallacchi und Konsorten zur Änderung des §56 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO)  |  |     | 08.5185.01 |
| b)  | Eveline Rommerskirchen und Konsorten betreffend statistischem Gemeindevergleich in der trinationalen Agglomeration Basel unter besonderer Berücksichtigung ihrer Finanzkraft |  |     | 08.5186.01 |
| c)  | Eveline Rommerskirchen und Konsorten betreffend Nutzung der stillgelegten IWB-Anlagen Grellinger Quellen   |  |     | 08.5187.01 |
| d)  | Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Südanflug auf dem EAP. Anpassung der Knotenregelung an andere Flughäfen  |  |     | 08.5196.01 |
| e)  | Peter Zinkernagel und Konsorten betreffend Ausarbeitung eines Masterplans "Neuer Wohnraum in Basel, Riehen und Bettingen"  |  |     | 08.5197.01 |
| 22. | Anträge:   |  |     |            |
| a)  | Talha Ugur Camlibel und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Bürgerrechtserwerb durch Geburt   |  |     | 08.5184.01 |
| b)  | Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einkauf in die Säule 3a  |  |     | 08.5183.01 |

**Kenntnisnahme**

- |     |  |  |     |            |
|-----|--|--|-----|------------|
| 23. | Bericht des Regierungsrates zum Jahresbericht und zur Jahresrechnung 2007 der Basler Kantonalbank.   |  | FD  | 08.0741.01 |
| 24. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Hans-Peter Wessels und Konsorten betreffend Monitoring des Fluglärms vor und nach der Einführung des Anflugsystems ILS 34 (stehen lassen). |  | WSD | 05.8304.02 |
| 25. | Rücktritt von Patrizia Bernasconi als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission per 20. Juni 2008 (auf den Tisch des Hauses).   |  |     | 08.5188.01 |
| 26. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christine Heuss betreffend Rechtsabbiegemöglichkeit in den Hechtliacker.   |  | SiD | 08.5071.02 |
| 27. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Patrick Hafner betreffend gefährlicher Fussgängerstreifen Grenzacherstrasse.   |  | SiD | 08.5082.02 |
| 28. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitte Heilbronner-Uehlinger betreffend Zulassung von Jet-Skis auf Schweizer Gewässer.                                   |  | SiD | 08.5084.02 |
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jürg Meyer betreffend Notwohnungen im Kanton Basel-Stadt.  |  | WSD | 08.5072.02 |
| 30. | Rücktritt von Peter Howald als Mitglied des Grossen Rates (auf den Tisch des Hauses).  |  |     | 08.5198.01 |

## Anhang B: Neue Vorstösse

### Anträge

**a) Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einkauf in die Säule 3a**

08.5183.01
------------

Unser Vorsorgesystem mit dem 3-Säulen-Konzept ist einzigartig in Europa. Es ermöglicht der Bevölkerung einen Fortbestand des gewohnten Lebensstandards nach der Pensionierung.

Die Erfahrung zeigt, dass Vorsorgefragen bei den meisten Personen erst nach dem 40. Lebensjahr an Aktualität gewinnen. Häufig werden konkrete Pensionierungsfragen erst ein paar Jahre vor der möglichen (Früh-)Pensionierung analysiert. Die Säule 3a erlaubt ein steuerbegünstigtes Sparen von gegenwärtig CHF 6'365 pro Jahr. Gerade jüngere Personen können diese Vorsorgesparmöglichkeit häufig nicht voll wahrnehmen, sei es aufgrund fehlender finanzieller Mittel oder weil sie aufgrund der langen Ausbildungsdauer erst später eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Die gleiche Konstellation dürfte bei Personen eintreten, die während einer gewissen Zeitdauer nicht erwerbstätig waren (z.B. um sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen) oder die aus dem Ausland zugezogen sind. Da ein späterer Einkauf in die Säule 3a im Gegensatz zur zweiten Säule nicht möglich ist, entsteht bei diesen Personen eine Vorsorgelücke.

Bestünde analog zur 2. Säule auch für die Säule 3a eine Einkaufsmöglichkeit, so könnte diese Vorsorgelücke geschlossen werden. Personen, die erst später in ihrem Leben in eine anerkannte Vorsorgeform der Säule 3a einzahlen, wären nicht mehr benachteiligt. Zudem kann man die Vorsorgegelder der Säule 3a für den Erwerb von selbstbewohntem Wohneigentum benutzen. Gerade der Kanton Basel-Stadt, welcher mit einer Hauseigentümerquote von nur 13% schweizweit ein Negativrekord darstellt, hätte ein klares Interesse daran, dass sich mehr Personen durch bessere Sparmöglichkeiten eigene vier Wände leisten können.

Profitieren von dieser Lösung würde vor allem der Mittelstand, da sich Einzahlungen in eine anerkannte Vorsorgeform der Säule 3a über einem gewissen Einkommen aufgrund des geringen Steuereffekts oft nicht mehr lohnen. Um Steuermisbräuchen vorzubeugen, könnte zusätzlich eine befristete Einkaufsbeschränkung analog zu Art. 60b BVV 2 eingeführt werden.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat, dem Grossen Rat eine Vorlage zu unterbreiten. Darin soll die Bundesversammlung ersucht werden, die nötigen Gesetzesgrundlagen zu schaffen, um einen steuerbegünstigten Einkauf in die gebundene Säule 3a zu ermöglichen.

Emmanuel Ullmann, Urs Schweizer, Bruno Mazzotti, Felix Meier, Giovanni Nanni, Roland Vögtli, Markus G. Ritter, Christine Locher-Hoch, Daniel Stolz, Baschi Dürr, Christophe Haller, Rolf Stürm, Tobit Schäfer, Tino Krattiger, Christine Heuss, Stephan Gassmann, Oswald Inglin, Dieter Stohrer, Lukas Engelberger, Stephan Maurer, Sebastian Frehner

**b) Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Bürgerrechtserwerb durch Geburt**

08.5184.01
------------

Der Regierungsrat wird gebeten, im Namen des Kantons Basel-Stadt bei den eidgenössischen Räten folgende Standesinitiative einzureichen:

"Gestützt auf den Artikel 160, Absatz 1 der Bundesverfassung unterbreitet der Kanton Basel-Stadt der Bundesversammlung folgende Initiative:

Die Bundesversammlung wird ersucht, die gesetzlichen Grundlagen und Beschlüsse für die Kinder der dritten Ausländergeneration den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts bei Geburt zu regeln. Voraussetzung dafür ist, dass der Elternteil im Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit mindestens fünf Jahren im Besitz einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung ist."

#### Begründung

In der Schweiz geborene ausländische Kinder sind in einem noch höheren Ausmass als ihre Eltern mit der Schweiz verbunden und zu einem ständigen Bestandteil der schweizerischen Bevölkerung geworden. Dem sollte schon bei der Geburt Rechnung getragen werden. Wenn sie das Schweizer Bürgerrecht bei Geburt erwerben, können sie bereits ihre Kindheit und die gesamte Schulzeit im Bewusstsein verbringen, Schweizer Bürger zu sein, und müssen nicht bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit mit dem Erwerb des Schweizer Bürgerrechts zuwarten.

Fast die Hälfte aller Staaten Westeuropas verleiht ihre Staatsbürgerschaft automatisch an etliche oder sogar an einen Grossteil der im Land geborenen Kinder ausländischer Abstammung mit zwei ausländischen Eltern (ius soli-Staatsbürgerschaft). In diesem Fall wird die ius soli-Staatsbürgerschaft dem Kind (zweite Generation) verliehen, falls

sich die Eltern eine gewisse Mindestdauer im Inland aufgehalten (Portugal) haben und/oder einen verfestigten Aufenthaltstitel erworben haben (Deutschland, Grossbritannien, Irland). Die europäische Praxis des *ius sanguinis* unterscheidet sich in dieser Hinsicht von jener in den USA, wo alle im Inland geborenen Kinder die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben.

Die Grundlagen für den Einbürgerungsprozess sind die globalen Menschenrechte und die in der Bundesverfassung und in den beiden Kantonsverfassungen definierten Grundwerte der aufgeklärten Zivilgesellschaft sowie die rechtsstaatliche Ordnung. In diesem Sinne definiert sich die Schweiz im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern nicht kulturell, sondern politisch über die gemeinsame Geschichte, die Institutionen und die direkt-demokratisch geschaffene Rechtsordnung.

Die vorstehenden Überlegungen führen zum Schluss, dass der Bürgerrechtserwerb der Kinder der dritten Ausländergeneration nicht mehr durch eine Einbürgerung (also durch einen Erwerb des Bürgerrechts als Folge einer Prüfung eines individuellen Gesuchs und eines Willensaktes) geschehen sollte, sondern sich dem Erwerb des Bürgerrechts durch Abstammung annähern sollte, auf der ausschliesslichen Basis der objektiven Verbundenheit des Kindes mit der Schweiz. Es stellt also einen logischen Schritt dar, die Verbindung dieser Leute mit der schweizerischen Gesellschaft durch die Einbürgerung offiziell zu anerkennen.

Talha Ugur Camlibel, Urs Müller-Walz, Sibel Arslan, Loretta Müller, Annemarie Pfister, Beatrice Alder, Mirjam Ballmer, Rolf Häring, Brigitta Gerber, Karin Haeberli Leugger, Michael Wüthrich, Jürg Stöcklin

## Anzüge

### a) Anzug zur Änderung des § 56 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO)

08.5185.01
------------

Mit der Interpellation bekommt jedes Ratsmitglied von der Regierung Auskunft über die gestellten Fragen. Das Ratsmitglied hat dann die Möglichkeit, sich vor dem Rat über die Antworten zu äussern. Der Regierung steht es frei, die Interpellation schriftlich oder mündlich zu beantworten. Macht sie dies mündlich, liest sie fast immer die vorbereiteten Antworten vor. Dies ist ein Zeitaufwand, der je nach Menge der mündlich beantworteten Interpellationen beträchtlich werden kann. Viele Ratsmitglieder benutzen diese Zeit um anderen "Geschäften" nachzugehen. Würden alle Interpellationen schriftlich beantwortet, gäbe es so eine zeitlich effizientere Behandlung dieses Traktandums. Dies hat unter Umständen zur Folge, dass eine weitere Einberufung für den zweiten Sitzungstag hinfällig wird, oder ein Sitzungshalbtag weniger von Nöten ist. Dies gäbe auch eine Einsparung von mindestens  $130 * CHF 150 = CHF 19'500$  (ab 1. Feb 09  $100 * CHF 150 = CHF 15'000$ ) pro eingesparten Halbtag.

In Zusammenhang einer effizienteren Behandlung von Interpellationen bitte ich das Büro des Grossen Rates zu prüfen und zu berichten:

1. Wie behandeln andere Kantonsparlamente die Interpellation?
2. Wie lässt sich die Interpellation effizienter und interessanter behandeln?
3. Würde gegebenenfalls eine Fragestunde oder ähnliche Gefässe das Problem entschärfen?

Remo Gallacchi, Stephan Gassmann, Helen Schai-Zigerlig, Marcel Rünzi, Pius Marrer, Rolf von Aarburg, Stephan Ebner, André Weissen, Gabriele Stutz-Kilcher, Tino Krattiger, Erika Paneth, Dieter Stohrer, Toni Casagrande, Thomas Grossenbacher, Roland Vögtli

### b) Anzug betreffend statistischem Gemeindevergleich in der trinationalen Agglomeration Basel unter besonderer Berücksichtigung ihrer Finanzkraft

08.5186.01
------------

Das Zusammenwachsen der trinationalen Agglomeration erfordert wieder häufiger grenzüberschreitende gemeinsame Aktionen. Jüngstes Beispiel ist die grenzüberschreitende Tramverlängerung der Linien 8 und 3. Bei den Verhandlungen mit den Nachbarn spielen Fragen der Finanzausstattung jedes Mal eine grosse Rolle; aber wirkliche Informationen zur Finanzkraft der Gemeinden in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, die auch nur annähernd vergleichbar wären, liegen nicht vor.

Das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt hat zwar jüngst eine auf ein Jahr begrenzte Arbeitsstelle geschaffen, um an einem trinationalen Gemeindevergleich bezüglich Bevölkerungsstrukturen, Beschäftigungsgrad usw. zu arbeiten. Bei finanziellen Vergleichen kann das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt bisher nicht weiterhelfen. Eine Tabelle über die Steuerkraft und die Steuerkraftsteigerung 2007 - 2008 der Gemeinden im Landkreis Lörrach

ist bisher nicht direkt mit entsprechenden Statistiken der Gemeinden im schweizerischen und französischen Teilraum des TEB vergleichbar.

Um die Informationsbasis für eine verstärkte Zusammenarbeit in der trinationalen Agglomeration Basel zu verstärken, bitten die Anzugssteller/innen um Erarbeitung eines aussagekräftigen Vergleiches der Gemeinden im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) unter besonderer Berücksichtigung der Finanzkraft der Gemeinden und deren Finanzierungssystemen für öffentliche Aufgaben.

Eveline Rommerskirchen, Andrea Bollinger, Thomas Grossenbacher, Heinrich Ueberwasser, Esther Weber Lehner, Brigitta Gerber, Roland Engeler-Ohnemus, Guido Vogel, Helen Schai-Zigerlig, Jürg Stöcklin, Mirjam Ballmer, Dieter Stohrer, Stephan Maurer

**c) Anzug betreffend Nutzung der stillgelegten IWB-Anlage Grellinger Quellen**

08.5187.01

Die Grellinger Quellen in Angenstein sowie im Pelzmühle- und Kaltbrunnental lieferten in einer über 10 km langen Leitung Wasser in die Filteranlagen auf dem Areal der IWB an der Reservoirstrasse.

Im Jahr 2003 wurde die Nutzung dieser Anlagen von den IWB aufgegeben. Die Quelfassungen, die Wasserleitung und die Filteranlagen mit dem ersten Reservoir sind einmalige Zeugnisse einer auf Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz ausgerichteten Wasserversorgung.

Die Quellen sind in einer für die damalige Zeit aufwendigen Art und Weise gefasst worden. Das Wasser konnte ohne zusätzlichen Energieverbrauch im freien Fluss in die Filter- und Reservoiranlagen auf dem Bruderholz geleitet werden. Über einen Sandfilter wurde das Wasser gereinigt und in das Netz der IWB eingespeist. Dank einer Jahrzehnte dauernden extensiven Bewirtschaftung hat sich auf den Dächern der Filteranlagen an der Reservoirstrasse Magerrasen entwickelt, der für den Naturschutz von höchstem Interesse ist.

Die künftige Nutzung sowohl der Grellinger Quellen als auch der Filteranlagen und zweier Reservoirs auf dem Bruderholz ist im Moment noch unklar. Im Moment wird die Nutzung der Anlagen kontrovers diskutiert. Der Anzug Gabriele Stutz-Kilcher und Konsorten verlangt eine Prüfung der Umzonung des Areals in eine Wohnzone. Im Sommer 2008 ist zudem eine kulturelle Zwischennutzung des Filteranlagegebäudes geplant. Im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen um die Qualität der Wasserversorgung in der Region Basel sind die Anlagen prädestiniert, als Vermittlungsplattform für die Themen Ressourcenschutz, Nachhaltigkeit und Wasserversorgung zu dienen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- Welche Pläne für die künftige Nutzung der Grellinger Quellen bestehen.
- Welche Pläne für die Nutzung der Filteranlagen und der stillgelegten Reservoirs auf dem Bruderholz bestehen.
- Ob eine zukünftige Nutzung der Quellen und Filteranlagen im Zusammenhang mit dem Thema Wasser und Wasserversorgung (Wissensvermittlung, Nachhaltigkeits- und Ressourcen-Pädagogik in Kombination mit konservatorisch-musealen Aspekten) denkbar ist.

Eveline Rommerskirchen, Beat Jans, Heinrich Ueberwasser, Elisabeth Ackermann, Beatrice Alder Finzen, Christoph Wydler, Jörg Vitelli, Stephan Maurer, Roland Engeler-Ohnemus, Heiner Vischer, Jürg Stöcklin, Mirjam Ballmer, Dieter Stohrer

**d) Anzug betreffend Südanflug auf dem EAP. Anpassung der Knotenregelung an andere Flughäfen**

08.5196.01

Die Windgeschwindigkeit ist das entscheidende Kriterium für den Wechsel von Nord- zu Südanflügen und damit für den Fluglärm über den südlichen Vororten. Ein Nordwind von 5 Knoten (9.26 km/h) kommt in Basel rund fünfmal häufiger vor als ein solcher von 10 Knoten (18.52 km/h)!

Der EAP wechselt zu Südanflügen bei einem mittleren Nordwind von 5 Knoten. Die Flughäfen von Kloten, Strassbourg, Lyon und Amsterdam wechseln jedoch erst bei einem Rückenwind von 7 bis 12 Knoten (12.96 bis 22.22 km/h). Die Regierungen von Baselland und Basel-Stadt schrieben in ihrer Medienmitteilung vom 1.9.2005 zur Knotenregelung Folgendes: „Gemäss international gültigen Standards können Landungen sicher abgewickelt werden, sofern der Rückenwind nicht mehr als 10 Knoten (18.52 km/h) beträgt. In den Vernehmlassungsunterlagen wird hingegen vorgeschlagen, dass generell ab 5 Knoten von Süden gelandet wird. Dies lehnen die Regierungen ab. Sie fordern, dass eine Windstärke von 10 Knoten massgebend sein muss“.

Im Verlauf der letzten vier Monate hat sich gezeigt, dass die 5-Knotenregelung zu einer massiven Übernutzung der Südanflugroute führt. Eine Anpassung der Knotenregelung an die erwähnten Flughäfen und an die zitierte Forderung der Regierungen beider Basel würde die Südlandungen und deren Fluglärm um ein Mehrfaches reduzieren.

Der Regierungsrat wird aufgefordert mit den zuständigen Instanzen Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Knotenregelung im Interesse des Lärmschutzes unserer Bevölkerung an jene der Flughäfen Kloten, Strassbourg, Lyon und Amsterdam anzupassen. Dies in Übereinstimmung mit der Forderung der Regierungen beider Basel vom 1.9.2005.

Eine "sinngemäss" gleichlautende Motion wurde im Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht.

Michael Wüthrich, Andrea Bollinger, Thomas Grossenbacher, Talha Ugur Camlibel, Jürg Stöcklin, Beatrice Alder Finzen, Annemarie Pfister, Loretta Müller, Mirjam Ballmer, Sibel Arslan, Urs Müller-Walz, Rolf Häring, Brigitta Gerber, Karin Haerberli Leugger, Brigitte Strondl, Eveline Rommerskirchen, Christoph Wydler, Beat Jans, Guido Vogel

**e) Anzug betreffend Ausarbeitung eines Masterplans "Neuer Wohnraum in Basel, Riehen und Bettingen"**

08.5197.01

Gemäss Prognosen wird unser Kanton in den nächsten 20 Jahren markant viele Bewohnerinnen und Bewohner verlieren. Es ist zu befürchten, dass unter den Personen, welche den Kanton Basel-Stadt verlassen werden, auch viele solche sind, die wesentlich zum Steuer-Ertrag der Natürlichen Personen beitragen.

Wenn wir nicht allein auf die Steuer-Erträge der Unternehmen abstellen und hoffen, dass damit - trotz drastischem Bevölkerungsschwund - die notwendigen Einnahmen generiert werden können, um unser Sozialsystem, Gesundheits- und Bildungswesen sowie das Kulturangebot auf bisherigem Niveau zu halten, müssen wir uns auch um zusätzlichen Wohnraum kümmern.

Mit attraktiven Wohnungen oder auch Parzellen für Einfamilienhäuser kann es gelingen, den Abwanderungstrend zu brechen und auch das Ziel zu erreichen, Personen von ausserhalb des Kantons zur Wohnsitznahme in Basel, Riehen und Bettingen zu bewegen. Ebenso wichtig ist es, für den Teil der Abwanderungswilligen, die wegen der Wohnungssituation in ein Gemeinwesen ausserhalb unseres Kantons zu ziehen beabsichtigen, rechtzeitig Angebote bereit zu stellen, damit die Abwanderung verhindert werden kann.

Eine Gesamtplanung des zusätzlichen Wohnraums existiert heute nicht. Werden kleinere oder grössere Areale frei, wird von Fall zu Fall über deren Verwendung entschieden. Einzelne Anstrengungen sind zwar erkennbar und durchaus zielführend, sie basieren aber nicht auf einer umfassenden Planung. Wir brauchen eine Gesamtsicht möglicher Standorte für Wohnungen, einen Zeitplan für die Realisierung, Marketing-Aktivitäten und zusätzliche Bemühungen, Investoren zu finden. Eine solche Masterplanung müsste sowohl qualitative als auch quantitative Aspekte berücksichtigen. Diese Planung wäre nicht nur den politisch entscheidungsbefugten Gremien dienlich, sondern auch möglichen Investoren, den direkt am Wohnen im Kanton Basel-Stadt Interessierten und der Öffentlichkeit.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichneten die Regierung, zu prüfen und zu berichten, ob:

- gemeinsam mit den Gemeinden Riehen und Bettingen ein Masterplan „Neuer Wohnraum in Basel, Riehen und Bettingen“ erstellt werden könnte
- eine solche Planung so erfolgen kann, dass auch schon nach relativ kurzer Zeit zusätzlicher Wohnraum auch für gehobene Ansprüche zur Verfügung steht und entsprechende Marketing-Anstrengungen erfolgen können
- seitens potenzieller Investoren ein Interesse besteht, schon in die Planungsarbeiten einbezogen zu werden.

Peter Zinkernagel, Urs Schweizer, Andreas Burckhardt, Giovanni Nanni, Marcel Rünzi, Stephan Gassmann, Heiner Vischer, Thomas Mall, Bruno Mazzotti, Stephan Maurer, Felix Meier, Markus G. Ritter, Esther Weber Lehner, Helen Schai-Zigerlig, André Weissen, Hans Rudolf Lüthi, Claude François Beranek, Andreas Ungricht, Patricia von Falkenstein, Sebastian Frehner, Annemarie von Bidder, Roland Lindner

## Dringliche Interpellation

### Dringliche Interpellation Beat Jans betreffend Fichierung von Mitgliedern des Grossen Rates

08.5201.01

mit Antrag auf dringliche Behandlung an der Sitzung vom 25. / 26. Juni 2008

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates hat festgestellt, dass die Daten von mindestens sechs Ratsmitgliedern vom Dienst für Analyse und Prävention des Bundesamtes für Polizei "bearbeitet" werden. Der Staatsschutz des Bundes hat seine Tätigkeit offenbar auf Grund von Informationen der Fachgruppe 9 der Basler Staatsanwaltschaft aufgenommen.

Es ist inakzeptabel, dass Mitglieder des Grossen Rates bespitzelt werden. Der Grosse Rat ist die vom Volk legitimierte politische Instanz, die unter anderem über den Staatsschutz zu wachen hat. Und nicht umgekehrt.

Die uns heute vorliegende Sachlage lässt grosse Zweifel an den Fähigkeiten der Fachgruppe 9 der Staatsanwaltschaft offen. Sie lässt auch darauf schliessen, dass die Fichierung der betroffenen Ratsmitglieder rechtswidrig geschieht. Das Bundesrecht lässt die Überwachung politischer Tätigkeiten nur in bestimmten Ausnahmefällen zu, welche hier nicht gegeben sind.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zu der Tatsache, dass vom Volk gewählte Mitglieder des Grossen Rates vom Staatsschutz überwacht werden?
2. Wer trägt dafür die politische Verantwortung?
3. Welche Möglichkeiten hat der Regierungsrat, die Aktivitäten des Staatsschutzes besser zu kontrollieren?
4. In welcher Form gedenkt der Regierungsrat beim Bund vorstellig zu werden, um gegen die Fichierung der 6 Ratsmitglieder zu protestieren und die Datenvernichtung zu veranlassen?
5. In welcher Form gedenkt der Regierungsrat beim Bund vorstellig zu werden, um ähnliche Vorfälle künftig auszuschliessen?

Beat Jans

## Schriftliche Anfragen

### a) Schriftliche Anfrage betreffend verlängerter Ausschaffungshaft im Kanton Basel-Stadt: Kosten und Effekt

08.5191.01

Seit dem 1.1.2007 können abgewiesene Asylsuchende und Sans Papiers bis zu 24 Monate in Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft behalten werden, sofern die nötigen Papiere für eine Rückschaffung ins Heimatland fehlen und der Wegweisungsvollzug aus verschiedenen Gründen fehlschlägt. Die weit über 9 Monate verlängerte Ausschaffungshaft wird laut verschiedenen Auskünften auch im Kanton Basel-Stadt häufig angewendet.

Das Bundesamt für Migration betont in seinen Monitoring-Berichten zum Sozialhilfeausschluss stets die grossen Einsparungen im Asylbereich aufgrund der geringen Anzahl der Nothilfebezüge im Vergleich zu den früheren Fürsorgekosten im Asylbereich. Wie hoch die genauen Kosten für die Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft aktuell sind und wie gross demnach die Einsparungen, darüber gibt es aber keine Informationen.

Interessant wäre es auch, zu erfahren, ob die verlängerte Ausschaffungshaft tatsächlich den gewünschten Effekt hat, nämlich, dass es mehr Rückkehrende gibt. Informationen von Freiwilligenorganisationen und aus anderen Kantonen lassen daraus schliessen, dass die Anzahl der Rückkehrenden vornehmlich von der Bereitschaft der Herkunftsländer, die Weggewiesenen zurückzunehmen, abhängt.

Bis jetzt wurden keine Statistiken über die Anzahl der angeordneten Ausschaffungs- und Durchsetzungshaften veröffentlicht, geschweige den über die dadurch hervorgerufenen Kosten. Es ist davon auszugehen, dass es sich um hohe Beträge handelt und dass der Effekt der verlängerten Ausschaffungshaft gering ist.

Deshalb bitte ich die Regierung um eine Zusammenstellung mit folgenden Angaben:

1. Wie viele Menschen welcher Nationalität befinden und befanden sich seit dem 1.1. 07 in BS in Ausschaffungshaft und für wie lange? Bitte keine Durchschnittszahlen, da viele Inhaftierte nur für wenige Tage oder gar Stunden einsitzen und damit Durchschnittswerte erheblich senken.

2. Wie oft wurde Durchsetzungshaft angeordnet?
3. Für wie viele Ausschaffungshäftlinge können nach welcher Zeitspanne die, für eine Ausschaffung, nötigen Papiere erbracht werden? Wie viele entschliessen sich nach wie langer Zeit zu einer freiwilligen Rückkehr?
4. Was passiert mit Ausschaffungshäftlingen, deren Wegweisung auch nach 24 Monaten Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft nicht vollzogen werden kann? Wie begründen sich Entscheide der Fremdenpolizei (!), manche Ausschaffungshäftlinge vorzeitig zu entlassen, mit der Auflage, die Schweiz sofort zu verlassen?
5. Wie hoch sind die Kosten, die dem Kanton Basel-Stadt seit 2007 durch die Ausschaffungshaft anfallen?
6. Wie hoch sind die Kosten für Zwangsausschaffungen? Wie viele Personen wurden in den letzten 2 Jahren zwangsausgeschafft?
7. Wie viele Frauen und wie viele Minderjährige befanden und befinden sich seit dem 1.1.07 in Ausschaffungshaft und wie lange? (Bitte keine Durchschnittszahlen, s. Frage1)

Heidi Mück

**b) Schriftliche Anfrage betreffend Sofortmassnahmen für Nebenkostenrechnungen von Bezüger/innen von Ergänzungsleistungen (EL) zu AHV/IV-Renten**

08.5200.01

Von 1. April 2007 – 31. März 2008 sind die Energiekosten massiv gestiegen:

Heizöl	35 %
Fernwärme	20 %
Erdgas	6 %

Alleine die Kosten für Heizöl sind seither nochmals um über 20 % angestiegen.

Dies trifft Hausbesitzer und MieterInnen gleichermaßen. Ganz besonders betroffen sind EL–BezügerInnen. Während für SozialhilfeempfängerInnen die Nebenkosten in der Regel übernommen werden, gelten bei RentenerInnen, welche EL beziehen, je nach Mietvertrag unterschiedliche Modalitäten. Der massive Teuerungsschub bei den Energiekosten kann zu gravierenden finanziellen Engpässen führen. Hunderte von Franken können die Nebenkosten ansteigen. Für den Sommer 2009 wird dies noch dramatischer, da dann der gesamte Teuerungsschub bei den Energiekosten voll auf die Nebenkosten durchschlägt.

Am 9. Mai 2007 hat der Grosse Rat bereits einen von mir eingereichten Antrag auf eine Standesinitiative an den Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat muss bis zum 9. Mai 2009 Stellung nehmen. Der Regierungsrat kennt demnach die Situationen, welche sich nun in diesen Monaten dramatisch zuspitzen.

Im Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) ist seit dem 20. Juni 1997 auch eine Regelung über die Nebenkostenpauschale zu den Nettomietzinsen aufgenommen. Danach werden nebst dem Nettomietzins auch die im Mietvertrag aufgeführten à conto Zahlungen für Nebenkosten berücksichtigt. Der Bundesrat begründete damals die Änderung, dass immer grössere Anteile der ursprünglichen Miete neu als Nebenkosten deklariert werden. Gleich geblieben sind die maximalen Beiträge an die Bruttomieten. Diese betragen derzeit für Alleinstehende CHF 13'200 und für Verheiratete oder Personen mit Kindern CHF 15'000 pro Jahr. So darf eine vierköpfige Familie keinen höheren Gesamtmietzins als CHF 1'250 monatlich inklusive Nebenkosten haben. Bei den Familien sind in erster Linie IV-RentnerInnen betroffen.

In Artikel 3b des erwähnten Bundesgesetzes ist die Regelung der Nettomietzinsen und Nebenkosten wie folgt formuliert: Vergütet werden

- a. der Nettomietzins; und
- b. die Nebenkostenpauschale (im Mietvertrag vereinbarte à conto Zahlungen)

Daraus kann entnommen werden, dass die jährlichen Schlussrechnungen der Nebenkosten nicht berücksichtigt werden. Dies wird durch das Amt für Sozialbeiträge bestätigt. Durch die u.a. massiv gestiegenen Energiekosten haben viele Mieterinnen und Mieter ganz erhebliche Nachrechnungen bekommen, meist mehrere hundert Franken, in Einzelfällen sogar über CHF 1'000. Stossend an der Regelung ist Folgendes: Wer rechtzeitig zusammen mit dem Vermieter eine neue erhöhte à conto Zahlung, also eine Nebenkostenpauschale im Sinne des Gesetzes, im Mietvertrag vereinbart, erhält umgehend vom Amt für Sozialbeiträge den neuen erhöhten Beitrag, natürlich nur, wenn die gesetzlich verankerten Maximalbeiträge an die Mietkosten nicht überschritten werden.

Daraus ergeben sich einige Fragen, welche durch den Regierungsrat zu beantworten sind:

1. Anerkennt die Regierung, dass die Abrechnungsregeln bei Nebenkosten für Wohnungsmieten für EL BezügerInnen ungerecht sind?
2. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, vorübergehend eine kantonale Sonderverordnung zu erlassen, damit RentnerInnen nicht einen massiven Kaufkraftverlust erleiden und Opfer sogenannter bürokratischer

Vereinfachungen werden?

3. Ist der Regierungsrat bereit, für Familien die jährlichen Ansätze bei der EL für den Gesamtmietzins zu erhöhen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, den eingereichten Antrag auf eine Standesinitiative umgehend dem Grossen Rat zur Weiterbehandlung zu überweisen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, mit Hausbesitzern und Immobilienverwaltungen das Gespräch zu suchen, damit diese ihre Verträge mit MieterInnen dahingehend ändern, eine höhere monatliche Nebenkostenpauschale zu erreichen?

Urs Müller-Walz

**c) Schriftliche Anfrage betreffend Rechtssicherheit bei Zwischennutzungen - Beispiel Erlenmatt**

08.5206.01

Vor einem Jahr begann mit dem Baubeginn des Baufeldes B die wohnbauliche Erschliessung des neuen Erlenmattquartiers. Wie im Ratschlag 07.0163.01 richtig festgestellt, waren es bisher die vielfältigen Zwischennutzungen, welche vor allem der Verein k.e.i.m. und der Verein V.i.P. initiierten, die zur städtisch-räumlichen Lebensqualität und Sicherheit auf dem Areal sowie für die Nachbarsareale wesentlich beitrugen. Ihnen ist auch eine unbestrittene Standortaufwertung zu verdanken. Zu den wichtigsten Aspekten gehören a) die Belebung des Areals, b) die Entwicklung eines multifunktionalen städtischen Freiraumes, c) die sozialräumliche Vernetzung mit den angrenzenden Quartieren und d) die Vermittlung eines Sicherheitsgefühls für die Fussgänger-/Fahrradverbindung in die Langen Erlen. Gegenüber den Vereinen hatte das Baudepartement früh "ein Interesse am Aufbau eines Zwischennutzungskonzeptes" bekundet (Aktennotiz BD 17.12.1999), die Regierung hatte zudem versichert: "Die Zwischennutzungen sollen erst einer anderen Nutzung weichen, wenn die Arealentwicklung dies erfordert" (Ratschlag s.o.).

Nun erhalten die Vereine frühzeitig und ohne direkt ersichtlichen Sachzwang kurzfristig Bescheid, dass ihre Nutzungsverträge massive Einschränkungen sowie neue Auflagen, die das Zwischennutzungskonzept der betreibenden Vereine empfindlich stören, erfahren sollen. Bedenk- und Verhandlungsfrist äusserst knapp auf etwas weniger als zwei Monate bemessen. Davon sind Betriebe wie beispielsweise das Restaurant Erbkönig empfindlich betroffen.

Auch Zwischen- und evt. Weiternutzungen brauchen Rechts- und Planungssicherheit. Besonders auch, wenn dabei ganze Gastronomie- und Eventbetriebe mit betroffen sind. Gerade in solch vtilen Situationen wie Zwischennutzungen von städtischen Branchen, hat sich gezeigt, dass eine gute zeitliche Etappierung in Absprache mit allen Beteiligten besonders wichtig ist. Das bedeutet frühzeitige Rück- und Mitsprache mit allen beteiligten ZwischennutzerInnen. Nur so werden schliesslich Quartiersteile im Umbau nicht zu sozial gefährlichen Brennpunkten.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat zu folgenden Fragen zur Zwischennutzung und Sicherung einer guten Lebensqualität für das Quartier Bericht zu er-statten:

1. Nach welchen Kriterien beendet der Regierungsrat Zwischennutzungen? Werden dabei, spezifisch beim Erlenmatt, die mühsam errungenen (keine einfache Umgebung!), wertvollen sozialen Quartiersqualitäten gebührend berücksichtigt und sind diese langfristig gesichert?
2. Wie wird dieser Prozess, der Informationsaustausch darüber, sowie die frühzeitige Rück- und Mitsprache mit allen Beteiligten, spezifisch aber mit den Vereinen k.e.i.m. und V.i.P. geplant und organisiert? Wird evt. ein sogenanntes Gebietsmanagement eingerichtet? Wenn ja, wann und wie? Wenn nein, warum nicht?
3. Falls der Freiraum im nördlichen Arealteil (rund um das Rest. Erbkönig) in der heutigen Form nicht erhalten werden kann, wird die Regierung, einen Ersatzstandort anbieten?
4. Quartiersinteressen: Der Wohnungsmix im ersten Baufeld mit nur 30% 4-Zi-Wohnungen und einer einzigen 5-Zi-Wohnung erfüllt das offizielle Ziel Nr. 2 des Ratschlags 9299 nach mehrheitlich grossen Familienwohnungen nicht. Wird sich das Verhältnis noch entsprechend den Vorgaben ändern und wenn ja, wann und wo? Dem Stadtteil wurden nicht nur grosse, familiengerechte Wohnungen versprochen, sondern auch ein Park sowie eine Öffnung zur Langen Erlen für FussgängerInnen und Velofahrende. Ist Zugang sowie Sicherheit während des Umbaus weiterhin gewährleistet? Wenn ja, wie? Wo steht die Planung des Parkes und wie werden die Quartiersinteressen berücksichtigt?
5. Wird die Steuerung der Quartiersentwicklung Erlenmatt künftig weiterhin alleinig die Aufgabe des Baudepartementes sein, oder wird die neue Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung im zukünftigen Präsidialdepartement den Lead übernehmen, resp. übergeordnet dafür zuständig sein?

Brigitta Gerber



**d) Schriftliche Anfrage zum Tod eines am 30. Mai 2008 am Unteren Rheinweg von der Polizei verfolgten Mannes**

08.5207.01

In der BaZ vom Samstag 14. Juni war in einer Randnotiz vom Tod eines sich der Polizeikontrolle entziehenden Mannes zu lesen. Tags darauf fand sich eine Todesanzeige der Menschenrechtsorganisation "Augenau" in der gleichen Zeitung. Beim Toten handelt es sich offensichtlich um einen 19-jährigen Asylbewerber aus Nigeria, der am 30. Mai aus dem Polizeigewahrsam flüchtete, von der Polizei verfolgt wurde, in den Rhein sprang und ertrank. Laut Augenzeugen habe die Polizei zu spät Rettungsmassnahmen eingeleitet.

Deshalb bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Erst am 14. Juni wurde die Öffentlichkeit über das Geschehen resp. den Tod der verfolgten Person informiert. Warum so spät?
2. Zum Polizeilichen Vorgehen: Was geschah genau bei der Kontrolle am Unteren Rheinweg und wie gelangte der betreffende Mann in den Rhein? Wie verlief die Polizeikontrolle? Haben sich die Beamten korrekt verhalten?
3. Wenn die anwesenden Polizeibeamten nicht selber Rettungsmassnahmen einleiten konnten, warum wurde der Rettungsdienst nicht avisiert? Welche Rettungsmassnahmen wurden konkret ergriffen? Wie ist die Pikettstruktur (betr. Rettung) auf dem Rhein ausgestattet?
4. Tage später wurde der Leichnam des Ertrunkenen in Kembs von der Französischen Polizei gefunden. Es finden sich Ausweispapiere bei ihm, die Französische Polizei informiert die Schweizer Behörden. Wann genau wurde der Leichnam gefunden? Wann wurde die Polizei, die Staatsanwaltschaft, die Freundin (nach Aussagen "Augenau" wurde diese offenbar durch die örtliche Polizei von einer Vermisstenanzeige abgehalten) und das Durchgangsheim in Zürich (aktueller Wohnsitz des Toten) informiert?
5. Der Sprecher der Basler Staatsanwaltschaft Markus Melzl wies in einem Interview gegenüber der BaZ darauf hin, dass im Körper des Mannes Drogen gefunden worden seien und gab Auskunft über den Obduktionsbericht. Dies ist einerseits erstaunlich, denn bis zur Verurteilung gilt in einem Rechtsstaat die Unschuldsvermutung. Andererseits ist dieser Aspekt für die Einleitung der Rettungsmassnahmen irrelevant. Wie stellt sich die Regierung zu den Aussagen des Sprechers der Staatsanwaltschaft? Warum gelangen aus einem laufenden Verfahren Details des Obduktionsberichts an die Öffentlichkeit?
6. Nach Aussagen des Sprechers der Basler Staatsanwaltschaft werden Beamte, die nicht in den Fall involviert sind, das Geschehen untersuchen. Ist eine unparteiliche Untersuchung durch Kollegen am Fall Betroffener wirklich gewährleistet?

Brigitta Gerber